

Einzelansicht des Artikels

Egelsbach - Politik

Absolution für Alleingang

Egelsbach (DZ/hs) – Die Gemeindevertretung hat nachträglich das Vorgehen von Bürgermeister Rudi Moritz gebilligt, der (wie berichtet) ohne Rücksprache mit dem Gemeindevorstand oder dem Parlament am 25. März einen neuen Gesellschaftervertrag der Hessischen Flugplatz GmbH (HFG) unterschrieben und damit die bislang gültigen Protokollnotizen von 1998 ausgehebelt hatte. In einer am Montag im Rathaus über die Bühne gegangenen Sondersitzung des Parlaments erteilten 17 Abgeordnete dem Handeln des Rathaus-Chefs eine Absolution, während neun den Antrag der Grünen unterstützten, die den neuen Vertrag als „rechtlich unwirksam und damit rechtlich nicht bindend für die Gemeinde“ erklären lassen wollten.

Zur Begründung, warum seine Fraktion die Unterschrift des Verwaltungsbosses anfechten und die Abschaffung der Protokollnotizen rückgängig machen wollte, hatte der Grünen-Chef Harald Eßer darauf verwiesen, dass es sich hierbei um „eine wichtige Angelegenheit der Gemeinde handelt, die der Entscheidungsbefugnis der Gemeindevertretung nicht entzogen werden darf“. Durch seine Unterschrift habe Moritz jedoch wieder einmal „seine Kompetenzen massiv überschritten und unsere Mitentscheidungsbefugnis bei grundlegenden Entscheidungen der HFG ohne Not verschenkt“.

Dadurch werde, so der Fraktionsvorsitzende der Öko-Partei weiter, „das Bürgerbegehren, das inzwischen 30 Prozent der wahlberechtigten Egelsbacher unterschrieben haben, ad absurdum geführt“. Moritz wolle Fakten schaffen, „weil er Angst vor der Entscheidung der Bürger hat“, mutmaßte Eßer, der dem Bürgermeister zudem vorwarf, seiner Informationspflicht nicht nachgekommen zu sein, „da uns der neue Vertrag bis jetzt noch nicht vorgelegt wurde“.

Den Ausführungen des Grünen widersprach hingegen Frank Taulien vehement. Der CDU-Fraktionsboss erinnerte nämlich daran, dass der Bürgermeister als – laut Hessischer Gemeindeordnung – „geborener Gesellschaftervertreter“ sehr wohl das Recht gehabt habe, eine Entscheidung zu treffen, „die unabwendbar war, wollte er nicht zusehen, wie der Investor die Segel streicht und die Gesellschafter der HFG weiter ihre schuldenträchtigen Kommunalhaushalte belasten“. Zudem seien die Protokollnotizen seinerzeit auch ohne Beschluss des Parlaments und ohne satzungsgleichen Status gefasst worden. „Das sind eben nur Protokollnotizen, die keine herausragende Bedeutung haben“, betonte Taulien.

Hart ging der Christdemokrat indes nicht nur mit seinem Widerpart von den Grünen („Herr Eßer betätigt sich als Inquisitor und betreibt eine gezielte Desinformation“) ins Gericht, sondern auch mit den Fluglärm-Gegnern im Allgemeinen. „Es kann nicht sein, dass 5.000 Menschen 50.000 am Nasenring durch die Arena führen“, wolle die Verfassung nach Meinung Tauliens, der sich für diese Äußerung lautstarke Proteste der zahlreichen Zuschauer einhandelte, „gar keine außerparlamentarische Opposition. Die Verantwortung für die Gemeinde liegt vielmehr bei den gewählten Vertretern“.

Auch Wolfgang Becker strich heraus, „dass formale Kritik am Vorgehen des Bürgermeisters nicht möglich ist, da es nicht Sinn und Zweck des Bürgerbegehrens widerspricht“. Allerdings sei Moritz' Informationspolitik definitiv mangelhaft. „Vieles hätte früher und ausführlicher müssen“, sagte der Sprecher der SPD, der indes gleichzeitig darauf hinwies, „dass uns viele Regelungen im neuen Vertrag wie etwa zum Lärmschutz und den Hubschrauberflügen besser stellen als die früheren“. Deshalb sei die Firma „NetJets“ der bestmögliche Partner, erklärte Becker, denn die Übereinkunft mit dem neuen Mehrheitsgesellschafter der HFG gewährleiste, dass die negativen Auswirkungen des Flugverkehrs für die Anlieger „erträglich bleiben“.

Das sah auch Axel Vogt so, der davon sprach, dass „NetJets“ ein sehr guter Partner sei, „da die Veränderungen deutlich geringer ausfallen, als dies bei einem anderen Investor der Fall gewesen wäre“. Und weil es für Egelsbachs Bürgermeister „juristisch keinen Grund gegeben hatte, den neuen Vertrag nicht zu unterzeichnen, und die dort enthaltenen Regelungen der Absicht der FDP sowie den bisherigen Abstimmungen im Parlament

Website
optimieren



Kostenlos
Beratung





Einzelansicht des Artikels

Suche

>>

Egelsbach - Politik

Matyschok nennt Verhalten unklug

Langen (DZ/hs) – Während in Egelsbach das Parlament nachträglich die Unterzeichnung des neuen Gesellschaftervertrages der HFG durch Bürgermeister Rudi Moritz guthieß (siehe oben stehenden Artikel), müssen die Kollegen in Langen erst noch darüber befinden, ob sie das identische Vorgehen des örtlichen Stadtoberhauptes Frieder Gebhardt tolerieren. Die CDU hat nämlich in der Sondersitzung des Stadtparlaments am Montag zur Umsetzung der Konjunkturprogramme von Bund und Land einen Dringlichkeitsantrag eingebracht, der die Frage nach einer etwaigen Kompetenzüberschreitung durch Gebhardt im Zuge der Unterzeichnung des HFG-Vertrags stellt.

„Die undurchsichtigen Begleitumstände ärgern uns immer mehr“, erklärte Fraktionsboss Berthold Matyschok, „und wir halten es für schädlich, dass ein Verkaufsvorgang dieser Wichtigkeit immer wieder durch unkluges Verhalten der Hauptakteure einen unschönen Beigeschmack bekommt.“ Bei diesem hoch sensiblen Thema sei vielmehr Transparenz gefragt. Die Antwort auf die CDU-Frage soll in der nächsten Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am Mittwoch (29.) erteilt werden.

[Drucken](#) | [PDF](#) Seite empfehlen[Artikelübersicht](#)[zum Seitenanfang](#)

Herausgeber:
Verlag Dreieich-Zeitung
Marc Stornfels

Website
optimieren



Kostenlos
Beratung

